



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 12. Mai 2014

69. Jahrgang/Nr. 109

Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT Berliner Signale

Tom Strohschneider über den Parteitag der LINKEN

Gern wird auf Linksparteitagen danach gerufen, in dieser oder jener Frage ein »klares Signal« auszuschicken. Welches lässt sich aus Berlin empfangen?

Zwar ist die in der LINKEN populäre Einschätzung nicht falsch, man habe seit Göttingen aus internen Querelen herausgefunden und politisch wieder Fuß gefasst. Die so unterschiedlichen Wahlergebnisse für die Vorsitzenden und die strömungspolitische Nervosität nach der Vergabe der Vizeposten zeigten indes, wie fragil die Balance immer noch ist.

Ein Nachteil wird vor allem dann daraus, wenn die Linkspartei darüber ihre eigene Maßgabe vergisst, sich nicht nur um sich selbst zu drehen. Nun ist ein Parteitag, der sich Satzung und Personal widmet, nicht die beste Plattform für Botschaften in die Gesellschaft hinein, für überzeugende Visionen. Dass aber etwa das Thema Europa – abgesehen von Promi-Reden – trotz kommender Wahlen kaum eine Rolle spielte, ist schwer zu verstehen.

Die LINKE hat sich in Berlin vor allem als Friedenspartei präsentiert. Das ist angesichts des Ukraine-Konflikts auch völlig richtig. Sie hat einen Kompromiss gefunden, der differenziert die Sorgen von Menschen über die Interessen von Mächtigen stellt. Ganz egal, ob diese nun in Moskau, Berlin oder Washington sitzen.

Die Partei muss sich aber – und nicht in Konkurrenz dazu – die Frage stellen, wie sie dennoch ihrem Selbstanspruch nachkommen kann, auch die entscheidende Kraft der sozialen und demokratischen Veränderung zu sein. Dafür sind mehr Signale nötig, als man aus Berlin empfangen konnte.

UNTEN LINKS

Nun, wo die rastlosen, unbeugsamen Montagsdemonstranten per minutenlanger kräftezehrender Internetrecherche herausgefunden und endlich bekannt gemacht haben, dass sich Regierungen, Finanzinstitutionen, die Finsterlinge, die Elvis Presley, Michael Jackson und Helmut Kohl auf dem Gewissen haben, die gleichgeschalteten Medien, die Bratwurst-Mafia, der Mossad, Markus Lanz und die Leute, die morgens Kamillentee trinken, heimtückisch miteinander verschworen haben, um die Menschheit langfristig durch Todesstrahlen (Radio Energy, RTL 2, Musikantenstadl) und contrabiotische Joghurtkulturen auszurotten – wäre es da nicht an der Zeit, Widerstand zu leisten? Vor allem durch das Hochhalten selbstgebastelter schwarzer Pappsärgel bzw. mit Schweigemärschen, Schweigekreisen, Schweigeminuten, stummem Herumstehen? Und so dieser gewaltigen Verschwörung zu trotzen? Gewiss. Hauptsache aber, es geht still dabei zu und alle halten mal den Mund. *tbl*

Thailands Rote geben nicht auf

Demonstrationen von Anhängern und Gegnern der Regierung / Warnung vor Gewalt



»Die Rothemden kämpfen weiter, wir geben nicht auf!«, sangen Anhänger der gestürzten Regierungschefin Yingluck Shinawatra.

Foto: AFP/Pornchai Kittiwongsakul

Berlin. Thailand droht erneut auf gewaltsame Auseinandersetzungen zuzusteuern. Am Wochenende hielten Anhänger von Oppositionsführer Suthep Thaugsuban Teile des Regierungssitzes im Zentrum Bangkoks besetzt. Bei der Explosion einer Granate in der Nähe wurden in der Nacht zu Sonntag zwei Menschen verletzt. Zuvor hatten die Regierungsgegner Fernsehsender durch Belagerung genötigt, eine Rede Sutheps zu übertragen. Der forderte von Justiz, Senat und Wahlkommission, bis Montag einen neuen Übergangspremier einzusetzen. Andernfalls werde seine Bewegung die ihrer Meinung nach illegitime amtierende Regierung unter dem früheren Handelsminister Niwatthamrong Boonsongpaisarn stürzen.

25 Kilometer entfernt, am Stadtrand von Bangkok, verlangten zur gleichen Zeit Sympathisanten der vom Verfassungsgericht in der vergangenen Woche abgesetzten Premierministerin Yingluck Shinawatra nach Neuwahlen. Einer der Führer der »Rothemden«, Jatuporn Promphan, warnte vor der Gefahr eines Bürgerkrieges, sollte – wie Suthep es fordert – wirklich eine ungewählte Regierung eingesetzt werden.

Suthep will Wahlen verhindern, weil er einen neuerlichen Sieg der bisherigen Regierungspartei Pheu Thai befürchten muss, die sich vor allem auf die Bevölkerungsmehrheit im ärmeren Norden und Nordosten Thailands stützen kann. Seine Bewegung vertritt dage-

gen vornehmlich wohlhabendere Gesellschaftsschichten. Yinglucks Anhänger, aber auch unabhängige Kritiker, werfen den Verfassungsrichtern vor, mit der Opposition zu sympathisieren.

Jedes der beiden unversöhnlichen Lager beanspruchte für sich, 20 000 Menschen auf die Straße gebracht zu haben. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz, doch kam es vorerst nicht zu gewaltsamen Konfrontationen. Armeechef Prayuth Chan-ocha hatte beide Seiten am Sonnabend zu Gewaltlosigkeit aufgerufen. Seit Beginn der Auseinandersetzungen im vergangenen November waren mindestens 25 Menschen getötet und mehr als 700 verletzt worden. *nd/Agenturen*

Stimmenschlacht um den ukrainischen Osten

Referendum über Trennung von Kiew / Drohung mit Sanktionen gegen Russland / US-Söldner im Einsatz

Trotz Kiewer Drohungen und russischer Bitte um Aufschub fanden in den ostukrainischen Gebieten Donezk und Lugansk am Sonntag Referenden über die Trennung von der Ukraine statt.

Von Detlef D. Pries

Was in den Augen der Kiewer Regierung eine »kriminelle Farce« ist, nennen die Organisatoren der Referenden eine demokratische Willensäußerung des Volkes: Die Bürger der Gebiete Donezk und Lugansk sollten am Sonntag über die staatliche Selbstständigkeit ihrer im April ausgerufenen »Volksrepubliken« abstimmen. Tatsächlich zeigten Fotos aus der Region lange Schlangen vor Wahllokalen. Ukrainische Medien berichteten dagegen mal von Desinteresse oder Unwissenheit der Bevölkerung, mal von einem Referendum »vor den Läufen von Maschinenpistolen«. Die Abstimmung sollte bis 22 Uhr Ortszeit (21 Uhr MESZ)

dauern, Ergebnisse wurden erst für Montag oder Dienstag angekündigt. Weder die Übergangsregierung in Kiew noch deren westliche Unterstützer werden sie jedoch anerkennen. Das »vom Kreml inspirierte, organisierte und finanzierte Referendum«, hieß es in einer Stellungnahme des ukrainischen Außenministeriums, sei »rechtlich wertlos«. Für »unrechtmäßig« hatten es auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Francois Hollande am Freitag befunden. Sie betonten stattdessen die Bedeutung der für den 25. Mai anberaumten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, für deren Stattfinden sie allein Russland verantwortlich machten, denn »fänden keine international anerkannten Präsidentschaftswahlen statt«, wären »entsprechende Konsequenzen zu ziehen, wie sie der Europäische Rat am 6. März vorgesehen hat«, hieß es in der gemeinsamen Erklärung Merkels

und Hollandes. Gemeint sind härtere Sanktionen gegen Russland. Die EU-Außenminister wollen darüber bereits am heutigen Montag in Brüssel beraten.

»Wir wollen diese Banditen in Kiew nicht.«

Referendumsteilnehmer in Donezk gegenüber AFP-Korrespondenten

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte die Aktivisten in der Ostukraine aufgefordert, die Abstimmungen vom 11. Mai zu verschieben, war jedoch nicht erhört worden. Immer wieder wird ihm vorgeworfen, Russland unterstütze die Separatisten in der Ukraine finanziell und personell, was Moskau dementiert. Darüber hinaus besteht der Westen auf einem

Rückzug russischer Truppen aus grenznahen russischen Gebieten.

Auf ukrainischem Gebiet dagegen sollen über 400 schwer bewaffnete Söldner der früher unter dem Namen »Blackwater« bekannten US-amerikanischen Sicherheitsfirma operieren. »Bild am Sonntag« berichtete darüber und berief sich auf Informationen aus dem Bundesnachrichtendienst (BND), die am 29. April in der sogenannten Nachrichtendienstlichen Lage im Bundeskanzleramt vorgetragen worden sein sollen. Die Kämpfer der jetzt »Academi« genannten Firma würden verdeckte Einsätze im Gebiet der abtrünnigen Stadt Slawjansk führen und koordinieren. Aus Slawjansk und der Umgebung von Lugansk wurden auch am Sonntag Kämpfe gemeldet. Die Söldnertruppe war bereits in Irak und Afghanistan im Einsatz. Der BND wollte sich am Sonntag nicht zu dem BamS-Bericht äußern. *Mit Agenturen*

Seiten 7, 10 und 11

LINKE fordert Anlauf zu neuer Ostpolitik

Gysi: Alleinstellung der LINKEN im Ukraine-Konflikt / Vorstand gewählt

Berlin. Der Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, beansprucht für seine Partei eine Alleinstellung in der Beurteilung des Ukraine-Konflikts. In einer Rede am Sonntag auf dem Parteitag der LINKEN in Berlin sagte er, als einzige Partei habe diese einen differenzierten Blick an den Tag gelegt. Seine Partei leugne die Mitverantwortung des russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht, »aber wir sagen auch, welche große Verantwortung die NATO und die EU für die Zuspitzung des Konflikts haben«. Unter Verweis auf den einstigen Bundeskanzler Willy Brandt forderte Gysi eine »neue Ostpolitik« der Europäischen Union und der Bundesregierung. Gysi reiste noch am selben Tag zu Gesprächen in Moskau, um einen »Beitrag zur Deeskalation« zu leisten, wie er mitteilte. An die Stelle der NATO-Osterweiterung zu Lasten Russlands müsse die Respektierung der Sicherheitsinteressen aller beteiligten Länder treten. Mit Blick auf die in zwei Wochen bevorstehende Wahl zum EU-Parlament sagte Gysi, die LINKE unterscheidet sich von den übrigen Bundestagsparteien: »Alle wollen ein Europa der Regierungen, wir wollen ein Europa der Bevölkerungen.«

Der Parteitag wählte am Wochenende den Parteivorstand, erwartungsgemäß wurde am Sonnabend die Doppelspitze aus Katja Kipping und Bernd Riexinger im Amt bestätigt. Kipping wurde mit 77,3 Prozent wiedergewählt, Riexinger erhielt 89,7 Prozent. Bei den Wahlen der vier Stellvertreter wurden Caren Lay und Axel Troost wiedergewählt, neue Parteivize sind Janine Wissler aus Hessen und der Friedensaktivist Tobias Pflüger. Sahra Wagenknecht und Jan van Aken waren nicht mehr angetreten.

Der Parteitag wählte zudem den Brandenburger Bundestagsabgeordneten Thomas Nord zum neuen Schatzmeister, in einer Kampfkandidatur scheiterte der bisherige Amtsinhaber Raju Sharma. Wiedergewählt wurde Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn. *uka* *Tagesthema Seite 2*

SPORT

Dynamo Dresden muss in 3. Liga

Dresden. Der Traditionsclub Dynamo Dresden ist nach einem dramatischen 2:3 (0:1) gegen Arminia Bielefeld aus der 2. Fußball-Bundesliga abgestiegen. Ein Unentschieden gegen den direkten Kontrahenten hätte den Sachsen zum Erreichen des Relegationsplatzes gereicht. *nd*

Kittel gewinnt zwei Giro-Etappen

Dublin. Der Arnstädter Radprofi Marcel Kittel hat am Wochenende zwei Etappensiege beim Giro d'Italia gefeiert. Der Sprintspezialist siegte beim Ausflug der dreiwöchigen Italien-Rundfahrt auf die irische Insel zunächst im nordirischen Belfast und am Sonntag auch in Irlands Hauptstadt Dublin. *nd*

Nürnberg steigt schon wieder ab

Gelsenkirchen. Der 1. FC Nürnberg ist zum achten Mal in der Klubgeschichte aus der 1. Fußball-Bundesliga abgestiegen. Die Franken verloren am letzten Spieltag 1:4 bei Schalke 04 und konnten damit den 2:3-Ausrutscher des Hamburger SV in Mainz nicht ausnutzen. Der FC Bayern München hatte bereits lange als deutscher Meister festgestanden. *nd*

Zwei Siege bei Eishockey-WM

Minsk. Bei der Eishockey-Weltmeisterschaft in Belarus hat die deutsche Mannschaft ihre beiden Auftaktspiele knapp gewonnen. Dem 2:1 nach Penaltyschießen gegen Kasachstan folgte am Sonntagnachmittag ein 3:2 gegen Lettland. *nd* *Seiten 18 und 19*

